



FRAKTION

KEINE PRIVATISIERUNG UNSERER FREIBÄDER

In der Ratssitzung im September hat eine Mehrheit aus SPD, Linken, Sozialliberalen, BBB und einigen Grünen vorerst die Freibäder (auch das Ennertbad) vor einer Pri-

In unseren Augen sind die Freibäder Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, die erhalten werden müssen. Die SPD-Fraktion erwartet nun ein Konzept der Verwaltung, wie



Foto: Michael Sondermann/Bundesstadt Bonn

vatisierung gerettet. Die Verwaltung wollte mit der Ausschreibung zur Übernahme der Bonner Freibäder durch private Investoren beginnen.

die Freibäder ohne Privatisierung dauerhaft in die Bonner Bäderlandschaft integriert werden können.

AUS PRÜFEN WIRD MACHEN: 150 ZUSÄTZLICHE OGS-PLÄTZE BESCHLOSSEN

Es geschehen noch Zeichen und Wunder. Unter dem Druck der SPD-Fraktion hat erst der Schulausschuss und jetzt auch der Rat in großer Einigkeit beschlossen, dass die Mittel für die Schaffung von 150 zusätzlichen OGS-Plätzen ab dem kommenden Schuljahr in den Haushalt eingestellt werden sollen. Die Koalition aus CDU, Grünen und FDP hatte ursprünglich nur vorgehabt, den



Angelika Erch, Stadtverordnete

Willen für mehr Plätze zu bekunden und die Verwaltung die Kosten prüfen zu lassen. Wir freuen uns über diesen großen Konsens im Sinne der Sache. Die Koalition weiß, wir brauchen

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Vor Ihnen liegt mein erster Bürgerbrief. Mit diesem Bürgerbrief möchte ich Sie in Zukunft einmal im Quartal über Themen aus dem Stadtrat und der Bezirksvertretung informieren. Diskutieren Sie mit mir, Bürgeranregungen sind mir immer willkommen. Viel Vergnügen bei der Lektüre wünscht Ihnen

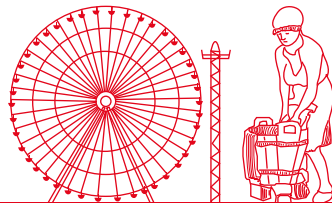
Ihre

Angelika Erch
Stadtverordnete

FLÜCHTLINGSUNTERKUNFT

Nach Auskunft der Verwaltung, werden die Geflüchteten voraussichtlich Anfang 2018 in die Unterkunft an der Siegburger Straße in Pützchen einziehen. Dabei will die Stadt langsam starten und dann abhängig von der weiteren Entwicklung die Belegung organisieren.

mehr OGS-Plätze, wir wissen es und die Verwaltung lässt daran auch nie Zweifel. Der ursprüngliche Prüfantrag der Koalition war ein zu kleiner Schritt – eigentlich gar keiner. Daher sind wir froh, dass wir daraus gemeinsam einen größeren gemacht haben und nach dem Schul- und dem Finanzausschuss letztendlich auch der Rat diese wichtige Entscheidung mitgetragen hat.



FRAKTION

GROSSMARKTHALLEN STÄRKEN

Wir lehnen den Verkauf der Großmarkthallen in Beuel an die BonnOrange AöR ab. Für uns ist vorrangiges Ziel, die vorhandenen Arbeitsplätze dort zu sichern. Darüber hinaus unterstützen wir die Erweiterungsabsichten der dort bestehenden Betriebe und die Neuansiedlung weiterer Unternehmen im Beueler Gewerbegebiet. Die Großmarkthallen sind eine gewachsene Einheit verschiedenster Betriebe mit zahlreichen Arbeitsplätzen. Weiterhin fordern wir, dass endlich das seit einem Jahr zugesagte Konzept zur Quartiersentwicklung rund um die Halle Beuel und das Pantheon erarbeitet und vorgestellt wird. Wir sind nicht gegen einen Wertstoffhof in Beuel, glauben aber, dass dieser hochwertige Standort besser genutzt werden kann.

In unseren Augen kurzfristig möglich ist dagegen die Errichtung eines Salzsilos in Beuel für die Versorgung der Streufahrzeuge in den kommenden Wintermonaten.

Impressum

V.i.S.d.P Angelika Esch
Mail: a.esch@spdbeuel.de
www.angelika-esch.de
Postfach 300406 • 53184 Bonn

LANDESREGIERUNG BESCHNEIDET MIETERRECHTE



Schwarzgelb in NRW will die **Zweckentfremdungsverordnung** streichen. Unter anderem in Bonn entfällt damit die gesetzliche Grundlage für die städtischen Zweckentfremdungssatzung. Damit kann die Stadt nicht mehr verhindern, wenn knapper Wohnraum in Ferienwohnungen oder Büros umgewandelt wird. Wie die Verwaltung auf eine Anfrage mitteilt, fallen auch die Regelungen des Baurechts als

Rechtsgrundlage aus. Hier-nach besteht sogar ein Rechtsanspruch auf einen Bauantrag bzw. eine Bauvoranfrage für Ferienwohnungen in Wohngebieten.

Sozial- und Mieterberatung der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn. Die Beratung findet jeden Donnerstag ab 17.00 Uhr in den Räumen der SPD-Ratsfraktion im Alten Rathaus statt.

BEARBEITUNGSZEIT FÜR BAUANTRÄGE VERKÜRZEN

Noch immer dauert die Bearbeitung von Bauanträgen in der Bundesstadt Bonn viel zu lange. Daher fragt die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn bei der Verwaltung nach, welche Folgen dies für die Antragstellerinnen und Antragsteller hat und was nötig ist, damit die Verwaltung schnellstmöglich die Anträge wieder in einem normalen

Zeitraumen abarbeiten kann. Ein Ansatzpunkt ist in den Augen der SPD-Fraktion die mangelhafte personelle Ausstattung. Hier rächt sich die Haltung der Ratskoalition aus CDU, Grünen und FDP.

Jahrelanges Sparen beim Verwaltungspersonal schlägt auf den Service für die Bürgerinnen und Bürger durch.